

<https://consortiumnews.com/2022/03/27/can-russia-escape-the-us-trap/>

Biden bestätigt, warum die USA diesen Krieg brauchten

In einem Moment der Offenheit hat Joe Biden enthüllt, warum die USA die russische Invasion brauchten und warum sie sie weiterhin brauchen, schreibt Joe Lauria.

Von Joe Lauria
27. März 2022

Die Vereinigten Staaten haben ihren Krieg in der Ukraine bekommen. Ohne ihn könnte Washington nicht versuchen, Russlands Wirtschaft zu zerstören, eine weltweite Verurteilung zu inszenieren und einen Aufstand anzuführen, um Russland ausbluten zu lassen - alles Teil eines Versuchs, seine Regierung zu stürzen. Joe Biden hat nun keinen Zweifel mehr daran gelassen, dass dies wahr ist.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat bestätigt, was Consortium News und andere seit den Anfängen von Russiagate im Jahr 2016 berichtet haben, nämlich dass es das ultimative Ziel der USA ist, die Regierung von Wladimir Putin zu stürzen.

"Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben", sagte Biden am Samstag im Königsschloss in Warschau. Das Weiße Haus und das Außenministerium bemühten sich, Bidens Bemerkung zu entschuldigen.

Aber es ist zu spät.

"Der Präsident wollte damit zum Ausdruck bringen, dass es Putin nicht gestattet werden kann, Macht über seine Nachbarn oder die Region auszuüben", sagte ein Beamter des Weißen Hauses. "Er hat nicht über Putins Macht in Russland oder einen Regimewechsel gesprochen".

Am Sonntag sagte US-Außenminister Antony Blinken: "Wie Sie wissen, und wie Sie uns wiederholt haben sagen hören, haben wir keine Strategie des Regimewechsels in Russland oder irgendwo sonst", wobei die letzten Worte zur Erheiterung eingefügt wurden.

Biden verriet das Spiel erstmals auf seiner Pressekonferenz im Weißen Haus am 24. Februar, dem ersten Tag der Invasion. Er wurde gefragt, warum er glaubte, dass neue Sanktionen funktionieren würden, wenn die früheren Sanktionen die russische Invasion nicht verhindert hatten. Biden sagte, die Sanktionen seien nie dazu gedacht gewesen, die russische Intervention zu verhindern, sondern um Russland im Nachhinein zu bestrafen. Deshalb brauchten die USA Russland für die Invasion.

"Niemand hat erwartet, dass die Sanktionen irgendetwas verhindern würden", sagte Biden. "Das muss sch- - das wird Zeit brauchen. Und wir müssen Entschlossenheit zeigen, damit er weiß, was auf ihn zukommt, und damit die Menschen in Russland wissen, was er ihnen angetan hat. Darum geht es hier." Es geht darum, dass sich das russische Volk gegen Putin wendet, um ihn zu stürzen, was das harte Durchgreifen Russlands gegen Kriegsgegner und die Medien erklären würde.

Das war kein Versprecher. Biden wiederholte sich am Donnerstag in Brüssel: "Ich habe nicht gesagt, dass die Sanktionen ihn tatsächlich abschrecken würden. Sanktionen schrecken nie ab. Das sagen Sie immer wieder. Sanktionen schrecken nie ab. Die Aufrechterhaltung von Sanktionen - die Aufrechterhaltung von Sanktionen, die Verstärkung des Schmerzes ... wir werden das, was wir tun, nicht nur nächsten Monat, im nächsten Monat, sondern für den Rest des Jahres aufrechterhalten. Das ist es, was ihn aufhalten wird."

Es war das zweite Mal, dass Biden bestätigte, dass der Zweck der drakonischen US-Sanktionen gegen Russland nie darin bestand, die Invasion in der Ukraine zu verhindern, die die USA dringend brauchten, um ihre Pläne in die Tat umzusetzen, sondern darin, Russland zu bestrafen und sein Volk dazu zu bringen, sich gegen Putin zu erheben und letztlich eine Jelzin-ähnliche Marionette in Moskau einzusetzen. Ohne einen Grund hätten

diese Sanktionen niemals verhängt werden können. Der Grund war die russische Invasion.

Regimewechsel in Moskau

Einst in Studien wie dieser RAND-Studie von 2019 versteckt, ist der Wunsch, die Regierung in Moskau zu stürzen, nun offenkundig.

Eine der frühesten Drohungen kam von Carl Gershman, dem langjährigen Direktor der National Endowment for Democracy (NED). Gershman schrieb 2013, noch vor dem Putsch in Kiew: "Die Ukraine ist der größte Preis." Wenn es gelänge, sie von Russland weg und in den Westen zu ziehen, dann "könnte Putin nicht nur im nahen Ausland, sondern auch innerhalb Russlands selbst auf verlorenem Posten stehen."

David Ignatius schrieb 1999 in der Washington Post, dass das NED nun offen Regimewechsel praktizieren könne, anstatt verdeckt, wie es die CIA getan hatte. Die RAND Corporation veröffentlichte daraufhin am 18. März einen Artikel mit dem Titel "Falls es in Moskau zu einem Regimewechsel kommen sollte", sollten die USA darauf vorbereitet sein. Michael McFaul, der kämpferische ehemalige US-Botschafter in Russland, fordert schon seit einiger Zeit einen Regimewechsel in Russland. Er versuchte, Bidens Worte durch einen Tweet zu verfeinern:

Michael McFaul

In Bezug auf Putin sprach Biden aus, was Milliarden Menschen auf der ganzen Welt und Millionen Menschen in Russland ebenfalls glauben. Er hat nicht gesagt, dass die USA ihn entmachten sollten. Das ist ein Unterschied.

1:24 AM - Mar 27, 2022

Am 1. März sagte Boris Johnsons Sprecher, die Sanktionen gegen Russland, "die wir einführen, die große Teile der Welt einführen, sollen das Putin-Regime stürzen." Nr. 10 versuchte, diese Aussage zurückzunehmen, aber zwei Tage zuvor schrieb James Heappey, Minister für die Streitkräfte, in der Tageszeitung The Daily Telegraph: "Sein Scheitern muss vollständig sein; die ukrainische Souveränität muss wiederhergestellt werden, und das russische Volk muss erkennen, wie wenig er sich um es kümmert. Wenn man ihm das zeigt, werden Putins Tage als Präsident sicherlich gezählt sein und die der kleptokratischen Elite, die ihn umgibt, ebenfalls. Er wird seine Macht verlieren und er wird seinen Nachfolger nicht mehr selbst wählen können.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und während der gesamten 1990er Jahre beherrschten die Wall Street und die US-Regierung Boris Jelzins Russland, indem sie ehemalige Staatsbetriebe ausplünderten und das russische Volk verarmen ließen. Putin kam in der Silvesternacht 1999 an die Macht und begann mit der Wiederherstellung der Souveränität Russlands. Seine Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, in der er den aggressiven Unilateralismus Washingtons anprangerte, alarmierte die USA, die sich eindeutig eine Rückkehr einer Figur wie Jelzin wünschten. Der von den USA unterstützte Putsch in Kiew 2014 war ein erster Schritt. Russiagate war ein weiterer. Im Jahr 2017 sah Consortium News Russiagate als Vorspiel für einen Regimewechsel in Moskau.

That year I wrote:

"Die Russia-gate-Geschichte fügt sich nahtlos in eine geopolitische Strategie ein, die der Wahl 2016 lange vorausging. Seit die Wall Street und die US-Regierung die dominante Position in Russland verloren haben, die unter dem gefügigen Präsidenten Boris Jelzin bestand, besteht die Strategie darin, Druck auszuüben, um Putin loszuwerden und einen US-freundlichen Führer in Moskau wiederherzustellen. Die Besorgnis Russlands über die amerikanischen Pläne für einen "Regimewechsel" im Kreml ist begründet.

Moskau sieht ein aggressives Amerika, das die NATO ausweitet und 30.000 NATO-Truppen an seinen Grenzen stationiert; das versucht, einen säkularen Verbündeten in Syrien mit Terroristen zu stürzen, die Russland selbst bedrohen; das einen Staatsstreich

in der Ukraine als mögliches Vorspiel für Schritte gegen Russland unterstützt; und das amerikanische Nichtregierungsorganisationen benutzt, um Unruhen in Russland zu schüren, bevor sie gezwungen wurden, sich als ausländische Agenten registrieren zu lassen."

Die Invasion war notwendig

Die Vereinigten Staaten hätten Russlands Militäraktion leicht verhindern können. Sie hätten Russlands Eingreifen in den ukrainischen Bürgerkrieg verhindern können, indem sie drei Dinge getan hätten: die Umsetzung des acht Jahre alten Minsker Friedensabkommens erzwingen, die rechtsextremen ukrainischen Milizen auflösen und Russland in ernsthafte Verhandlungen über eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa einbinden.

Aber das hat sie nicht getan.

Die USA können diesen Krieg immer noch durch ernsthafte Diplomatie mit Russland beenden. Aber sie werden es nicht tun. Biden hat sich geweigert, mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu sprechen. Stattdessen kündigte Biden am 16. März weitere 800 Millionen Dollar Militärhilfe für die Ukraine an - am selben Tag, an dem bekannt wurde, dass Russland und die Ukraine an einem 15-Punkte-Friedensplan gearbeitet haben. Nie war es deutlicher, dass die USA diesen Krieg gewollt haben und wollen, dass er weitergeht.

Die NATO-Truppen und -Raketen in Osteuropa waren offensichtlich so wichtig für die US-Pläne, dass die USA nicht darüber diskutieren wollten, sie abzuziehen, um Russlands Truppen am Einmarsch in die Ukraine zu hindern. Russland hatte mit einer "technisch-militärischen" Antwort gedroht, falls die NATO und die USA die russischen Sicherheitsinteressen, die im Dezember in Form von Vertragsvorschlägen vorgelegt wurden, nicht ernst nähmen.

Die USA wussten, was passieren würde, wenn sie diese Vorschläge ablehnten, in denen sie forderten, dass die Ukraine nicht der NATO beitritt, dass die Raketen in Polen und Rumänien entfernt werden und dass die NATO-Truppen in Osteuropa abgezogen werden. Deshalb begannen sie im Dezember, über eine Invasion zu schreien. Die USA weigerten sich, die Raketen zu verlegen, und schickten provokativ noch mehr NATO-Truppen nach Osteuropa.

MSNBC veröffentlichte am 4. März einen Artikel mit dem Titel "Russlands Invasion in der Ukraine wäre vielleicht vermeidbar gewesen: Die USA weigerten sich, den NATO-Status der Ukraine zu überdenken, als Putin mit Krieg drohte. Experten sagen, das war ein großer Fehler." In dem Artikel heißt es:

"Die Fülle von Beweisen dafür, dass die NATO eine anhaltende Quelle der Angst für Moskau war, wirft die Frage auf, ob die strategische Haltung der Vereinigten Staaten nicht nur unklug, sondern fahrlässig war."

Senator Joe Biden wusste bereits 1997, dass die von ihm unterstützte NATO-Erweiterung letztendlich zu einer feindlichen Reaktion Russlands führen könnte.

Biden sagte 1997, dass das Einzige, was eine "energische und feindselige" russische Reaktion hervorrufen könnte, eine Erweiterung der NATO bis in die baltischen Staaten wäre.

Auf Twitter ansehen. 06-20-97 01 - 17:20:51. - SEN. JOSEPH BIDEN - D-DELAWARE - Ausschuss für auswärtige Beziehungen. Ranghohes Mitglied https://twitter.com/ImReadinHere/status/1500782351831662592?ref_src=twsr%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1500782351831662592%7Ctwgr%5E%7Ct wcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fconsortiumnews.com%2F2022%2F03%2F27%2Fcan-russia-escape-the-us-trap%2F

Der verschwiegene Hintergrund der Invasion

Es ist wichtig, sich an die Ereignisse von 2014 in der Ukraine und die darauf folgenden Ereignisse zu erinnern, da sie in der westlichen Medienberichterstattung routinemäßig beschönigt werden. Ohne diesen Kontext ist es unmöglich zu verstehen, was in der Ukraine geschieht.

Sowohl Donezk als auch Lugansk hatten 2014 für die Unabhängigkeit von der Ukraine gestimmt, nachdem ein von den USA unterstützter Putsch den demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch gestürzt hatte. Die neue, von den USA eingesetzte ukrainische Regierung begann daraufhin einen Krieg gegen die Provinzen, um ihren Widerstand gegen den Putsch und ihr Unabhängigkeitsbegehr zu brechen - ein Krieg, der auch acht Jahre später noch andauert und mit Unterstützung der USA Tausende von Menschenleben gekostet hat. Diesem Krieg ist Russland beigetreten.

Amy Tarkanian

Lindsey Graham und John McCain in der Ukraine im Dezember 2016, wo sie sich auf einen Stellvertreterkrieg mit Russland vorbereiteten. Dann kam Trump ins Spiel und verhinderte das Ganze.

<https://twitter.com/contentdragons1/status/1499713066082369537/video/1>
1:33 PM - Mar 4, 2022

Neonazi-Gruppen wie der Rechte Sektor und das Asow-Bataillon, die den ukrainischen Faschistenführer Stepan Bandera aus dem Zweiten Weltkrieg verehren, beteiligten sich an dem Putsch sowie an der anhaltenden Gewalt gegen Lugansk und Donezk.

Obwohl die BBC, die NYT, der Daily Telegraph und CNN seinerzeit über die Neonazis berichteten, wird ihre Rolle in der Geschichte nun von den westlichen Medien ausgeklammert und Putin zu einem Wahnsinnigen reduziert, der ohne Grund auf Eroberung aus ist. Als ob er eines Morgens aufwachte und auf eine Landkarte schaute, um zu entscheiden, in welches Land er als nächstes einmarschieren würde.

Die Öffentlichkeit wurde dazu gebracht, die westliche Erzählung zu übernehmen, während sie über die Hintergedanken Washingtons im Unklaren gelassen wird.

Joe Lauria

#Russland koexistierte mit der #Ukraine bis zu dem von den USA unterstützten Staatsstreich 2014 und Kiews Krieg gegen ethnische Russen, die sich dagegen wehrten. Alles geht auf 2014 zurück - ein nunmehr 8-jähriger Bürgerkrieg. Das aus der Geschichte herauszulassen, wie es die westlichen Medien tun, kommt einer vorsätzlichen Täuschung gleich.

11:23 AM - Mar 1, 2022

Die für Russland aufgestellten Fallen

Vor sechs Wochen, am 4. Februar, schrieb ich einen Artikel mit dem Titel "Wie eine US-Falle für Russland in der Ukraine aussehen könnte", in dem ich ein Szenario skizzierte, in dem die Ukraine eine Offensive gegen die russischstämmige Zivilbevölkerung im Donbass beginnen und Russland zwingen würde, sich zu entscheiden, ob es sie im Stich lässt oder zu ihrer Rettung eingreift.

Wenn Russland mit regulären Armeeeinheiten eingreift, so argumentierte ich, wäre dies die "Invasion", die die USA brauchten, um Russlands Wirtschaft anzugreifen, die Welt gegen Moskau aufzubringen und Putins Herrschaft zu beenden.

In der dritten Februarwoche nahm der Beschuss des Donbass durch die ukrainische Regierung nach Angaben der OSZE dramatisch zu, was wie eine neue Offensive aussah. Russland war gezwungen, eine Entscheidung zu treffen.

Zunächst erkannte es die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk an, ein Schritt, den es acht Jahre lang hinausgezögert hatte. Und dann kündigte Präsident Wladimir Putin am 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine an, um das Land zu "entmilitarisieren" und zu "entnazifizieren".

Russland tappte in eine Falle, die von Tag zu Tag gefährlicher wird, da Russlands militärische Intervention weitergeht und eine zweite Falle in Sicht ist. Aus Moskaus Sicht war der Einsatz zu hoch, um nicht einzugreifen. Und wenn es Kiew dazu bringen kann, eine Einigung zu akzeptieren, könnte es sich aus den Fängen der Vereinigten Staaten befreien.

Ein geplanter Aufstand

Die Beispiele für frühere US-Fallen, die ich im Artikel vom 4. Februar anführte, waren die USA, die 1990 Saddam Hussein sagten, sie würden sich nicht in den Streit mit Kuwait einmischen, was die Falle für die irakische Invasion öffnete und es den USA ermöglichte, Bagdads Militär zu zerstören. Das zweite Beispiel ist besonders aussagekräftig.

In einem Interview mit *Le Nouvel Observateur* aus dem Jahr 1998 gab der ehemalige nationale Sicherheitsberater von Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, zu, dass die CIA Moskau vor vier Jahrzehnten eine Falle stellte, indem sie Mudschaheddin bewaffnete, um die von der Sowjetunion unterstützte Regierung in Afghanistan zu bekämpfen und die sowjetische Regierung zu stürzen, ähnlich wie die USA heute Putin stürzen wollen. Er sagte:

"Nach der offiziellen Version der Geschichte begann die CIA-Hilfe für die Mudschaheddin im Jahr 1980, also nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan am 24. Dezember 1979. Die bis heute streng gehütete Realität sieht jedoch ganz anders aus: Es war der 3. Juli 1979, als Präsident Carter die erste Direktive für geheime Hilfe an die Gegner des prosowjetischen Regimes in Kabul unterzeichnete. Und noch am selben Tag schrieb ich dem Präsidenten eine Notiz, in der ich ihm erklärte, dass diese Hilfe meiner Meinung nach eine sowjetische Militärintervention auslösen würde.

Er erklärte daraufhin, dass der Grund für die Falle darin bestand, die Sowjetunion zu stürzen. Brzezinski sagte:

"Diese geheime Operation war eine ausgezeichnete Idee. Sie hatte den Effekt, die Russen in die afghanische Falle zu locken, und Sie wollen, dass ich das bedauere? An dem Tag, an dem die Sowjets offiziell die Grenze überschritten, schrieb ich an Präsident Carter: "Wir haben jetzt die Möglichkeit, der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu schenken. In der Tat musste Moskau fast zehn Jahre lang einen Krieg führen, der für das Regime untragbar war, einen Konflikt, der zur Demoralisierung und schließlich zum Zerfall des Sowjetimperiums führte."

Brzezinski sagte, er bedauere nicht, dass die Finanzierung der Mudschaheddin terroristische Gruppen wie al-Qaida hervorgebracht habe. "Was ist wichtiger in der Weltgeschichte? Die Taliban oder der Zusammenbruch des Sowjetimperiums? Die Taliban oder der Zusammenbruch des Sowjetimperiums, die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges? Auch heute setzen die USA mit ihrer Duldung des Neonazismus in der Ukraine die Weltwirtschaft und weitere Instabilität in Europa aufs Spiel.

In seinem 1997 erschienenen Buch *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, schrieb Brzezinski:

"Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Platz auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil allein ihre Existenz als unabhängiges Land dazu beiträgt, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Russland kann ohne die Ukraine immer noch einen imperialen Status anstreben, aber es würde dann ein vorwiegend asiatischer imperialer Staat werden.

Die "Vormachtstellung" der USA oder die Dominanz in der Welt, die Washington immer noch antreibt, ist also nicht möglich ohne die Kontrolle über Eurasien, wie Brzezinski argumentierte, und das ist nicht möglich ohne die Kontrolle über die Ukraine, indem Russland verdrängt wird (Übernahme der Ukraine durch die USA beim Putsch 2014) und die Regierungen in Moskau und Peking kontrolliert werden. Was Brzezinski und die US-Führung noch immer als Russlands "imperiale Ambitionen" betrachten, wird in Moskau als zwingende Verteidigungsmaßnahme gegen einen aggressiven Westen gesehen.

Ohne die russische Invasion wäre die zweite Falle, die die USA planen, nicht möglich: ein Aufstand, der Russland in die Enge treiben und ihm sein "Vietnam" geben soll. Europa und die USA liefern mehr Waffen in die Ukraine, und Kiew hat zu freiwilligen Kämpfern aufgerufen. So wie die Dschihadisten nach Afghanistan strömten, reisen nun weiße Rassisten aus ganz Europa in die Ukraine, um dort zu Aufständischen zu werden.

So wie der Aufstand in Afghanistan dazu beigetragen hat, die Sowjetunion zu Fall zu bringen, soll dieser Aufstand Putins Russland stürzen.

Ein Artikel in Foreign Affairs mit dem Titel "The Coming Ukrainian Insurgency" (Der kommende ukrainische Aufstand) wurde am 25. Februar veröffentlicht, nur einen Tag nach der russischen Intervention, was auf eine fortgeschrittene Planung hinweist, die von einer Invasion abhängt. Der Artikel musste geschrieben und redigiert werden, bevor Russland in die Ukraine einmarschierte, und wurde veröffentlicht, sobald es dies tat. Er lautete:

"Wenn Russland seine Offensive auf den Osten und Süden der Ukraine beschränkt, wird eine souveräne ukrainische Regierung nicht aufhören zu kämpfen. Sie wird zuverlässige militärische und wirtschaftliche Unterstützung aus dem Ausland und den Rückhalt einer geeinten Bevölkerung genießen. Wenn Russland jedoch dazu übergeht, große Teile des Landes zu besetzen und ein vom Kreml eingesetztes Marionettenregime in Kiew zu installieren, wird ein langwieriger und dorniger Flächenbrand beginnen. Putin wird es mit einem langen, blutigen Aufstand zu tun bekommen, der sich über mehrere Grenzen hinweg ausbreiten und vielleicht sogar bis nach Weißrussland reichen könnte, um den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, Putins treuen Verbündeten, herauszufordern. Sich ausweitende Unruhen könnten andere Länder in Russlands Umfeld, wie Kasachstan, destabilisieren und sogar auf Russland selbst übergreifen. Wenn Konflikte beginnen, können unvorhersehbare und unvorstellbare Ergebnisse nur allzu real werden. Putin ist möglicherweise nicht auf den Aufstand - oder die Aufstände - vorbereitet, die noch kommen werden.

GEWISSENSBISSE DES GEWINNERS

Viele Großmächte haben einen Krieg gegen schwächere Mächte geführt und sind dann in die Sackgasse geraten, weil sie ihr Ziel nicht gut durchdacht hatten. Dieser Mangel an Voraussicht war bei unruhigen Besetzungen besonders deutlich zu spüren. Es war eine Sache für die Vereinigten Staaten, 1965 in Vietnam, 2001 in Afghanistan und 2003 im Irak einzumarschieren; ebenso für die Sowjetunion, 1979 in Afghanistan einzumarschieren. Es war eine weitaus schwierigere Aufgabe, in diesen Ländern angesichts hartnäckiger Aufstände durchzuhalten. ... Wie die Vereinigten Staaten in Vietnam und Afghanistan gelernt haben, kann sich ein Aufstand, der über verlässliche Nachschublinien, reichliche Reserven an Kämpfern und einen Zufluchtsort jenseits der Grenze verfügt, auf unbestimmte Zeit halten, den Kampfeswillen einer Besatzungsarmee untergraben und die politische Unterstützung für die Besatzung im eigenen Land erschöpfen."

Bereits am 14. Januar berichtete Yahoo! News:

"Die CIA beaufsichtigt ein geheimes intensives Trainingsprogramm in den USA für ukrainische Elite-Spezialeinheiten und anderes Geheimdienstpersonal, so fünf ehemalige Geheimdienst- und nationale Sicherheitsbeamte, die mit der Initiative vertraut sind. Das Programm, das 2015 begann, befindet sich in einer ungenannten Einrichtung im Süden der USA, so einige dieser Beamten.

Die von der CIA ausgebildeten Kräfte könnten schon bald eine entscheidende Rolle an der Ostgrenze der Ukraine spielen, wo sich russische Truppen in Vorbereitung auf eine Invasion versammelt haben, wie viele befürchten. ...

Das Programm beinhaltete ein "sehr spezifisches Training von Fähigkeiten, die die Fähigkeit der Ukrainer verbessern würden, gegen die Russen zurückzuschlagen", sagte der ehemalige hochrangige Geheimdienstmitarbeiter.

Die Ausbildung, die auch "taktisches Material" umfasste, "wird ziemlich offensiv aussehen, wenn die Russen in die Ukraine einmarschieren", sagte der ehemalige Beamte. Eine mit dem Programm vertraute Person drückte es noch unverblümter aus. Die Vereinigten Staaten trainieren einen Aufstand", sagte ein ehemaliger CIA-Beamter und fügte hinzu, dass das Programm den Ukrainern beigebracht habe, "wie man Russen tötet".

In seiner Warschauer Rede deutete Biden an, dass ein Aufstand bevorsteht. Er sagte nichts über Friedensgespräche. Stattdessen sagte er: "In dieser Schlacht müssen wir klar

sehen. Dieser Kampf wird nicht in Tagen oder Monaten gewonnen werden. Wir müssen uns darauf einstellen, dass ein langer Kampf vor uns liegt.

Hillary Clinton legte am 28. Februar, nur vier Tage nach Beginn der russischen Operation, alles offen. Sie erinnerte an die russische Invasion in Afghanistan im Jahr 1980 und sagte, dass dies nicht gut für Russland ausgegangen sei und dass in der Ukraine "dies das Modell ist, auf das die Leute schauen ... das Russland lähmen kann."

Hillary Clinton, 3.50 AM - Mar 1. 2022

"Erinnern Sie sich daran, dass die Russen 1980 in Afghanistan einmarschiert sind", sagt Hillary Clinton. "Es hat nicht gut für die Russen geendet ... aber Tatsache ist, dass ein sehr motivierter, dann finanziert und bewaffneter Aufstand die Russen im Grunde aus Afghanistan vertrieben hat."

Was weder Maddow noch Clinton erwähnten, als sie über Freiwillige sprachen, die für die Ukraine kämpfen wollten, ist das, was die New York Times am 25. Februar, einen Tag nach der Invasion und vor ihrem Interview, berichtete: "Rechtsextreme Milizen in Europa planen, sich den russischen Streitkräften entgegenzustellen".

Der Wirtschaftskrieg

Zu diesem Sumpf gesellt sich eine Reihe tiefgreifender Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die darauf abzielen, die russische Wirtschaft zusammenbrechen zu lassen und Putin von der Macht zu vertreiben.

Es handelt sich um die härtesten Sanktionen, die die USA und Europa je gegen ein Land verhängt haben. Die Sanktionen gegen die russische Zentralbank sind die schwerwiegendsten, da sie darauf abzielen, den Wert des Rubels zu zerstören. Ein US-Dollar war am 24. Februar, dem Tag des Einmarsches, 85 Rubel wert und stieg am 7. März auf 154 pro Dollar. Am Freitag stieg der Wert der russischen Währung jedoch wieder auf 101.

Putin und andere führende russische Politiker wurden persönlich sanktioniert, ebenso wie die größten russischen Banken. Die meisten russischen Transaktionen dürfen nicht mehr über das internationale Zahlungssystem SWIFT abgewickelt werden. Die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 wurde stillgelegt und ging in Konkurs.

Die USA blockierten die Einfuhr von russischem Öl, das etwa 5 Prozent der US-Versorgung ausmachte. BP und Shell zogen sich aus russischen Partnerschaften zurück. Der europäische und US-amerikanische Luftraum wurde für russische Handelsschiffe gesperrt. Europa, das von russischem Gas abhängig ist, importiert es weiterhin und widersetzt sich bisher dem Druck der USA, kein russisches Öl mehr zu kaufen.

Es folgte eine Reihe von freiwilligen Sanktionen: PayPal, Facebook, Twitter, Netflix und McDonalds wurden in Russland abgeschaltet. Coca-Cola wird seine Verkäufe in das Land einstellen. US-Nachrichtenorganisationen haben das Land verlassen, russische Künstler wurden im Westen entlassen und sogar russische Katzen sind verboten.

Das gab auch den amerikanischen Kabelanbietern die Möglichkeit, RT America abzuschalten. Andere russische Medien wurden vom Netz genommen, und die Websites der russischen Regierung wurden gehackt. Ein Professor der Universität Yale hat eine Liste erstellt, um US-Unternehmen zu beschämen, die noch immer in Russland tätig sind. Russische Weizen- und Düngemittelausfuhren wurden verboten, was die Lebensmittelpreise im Westen in die Höhe treibt. Biden gab dies am Donnerstag zu: "Was die Lebensmittelknappheit betrifft, so wird sie real sein. Der Preis für diese Sanktionen wird nicht nur Russland auferlegt, sondern einer ganzen Reihe von Ländern, darunter auch europäischen Ländern und auch unserem Land. Und - weil sowohl Russland als auch die Ukraine die Kornkammer Europas waren, was zum Beispiel Weizen angeht - um nur ein Beispiel zu nennen."

Das Ziel ist klar: "Russlands Wirtschaft zu ersticken", wie es der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian formulierte, auch wenn dies dem Westen schadet. Die Frage ist, ob sich Russland der US-Strategie des Aufstands und des Wirtschaftskriegs entziehen kann.

Fortsetzung folgt: Wie Russland den US-Fallen entkommen kann.

Joe Lauria ist Chefredakteur von Consortium News und ehemaliger UN-Korrespondent für das Wall Street Journal, den Boston Globe und zahlreiche andere Zeitungen, darunter The Montreal Gazette und The Star of Johannesburg. Er war ein investigativer Reporter für die Sunday Times of London, ein Finanzreporter für Bloomberg News und begann seine berufliche Tätigkeit als 19-jähriger Stringer für die New York Times. Man kann ihn unter joelauria@consortiumnews.com erreichen und ihm auf Twitter folgen @unjoe

<https://consortiumnews.com/2022/03/27/can-russia-escape-the-us-trap/>

Biden Confirms Why the US Needed This War

In a moment of candor, Joe Biden has revealed why the U.S. needed the Russian invasion and why it needs it to continue, writes Joe Lauria.

By Joe Lauria
March 27, 2022

The U.S. got its war in Ukraine. Without it, Washington could not attempt to destroy Russia's economy, orchestrate worldwide condemnation and lead an insurgency to bleed Russia, all part of an attempt to bring down its government. Joe Biden has now left no doubt that it's true.

The president of the United States has confirmed what **Consortium News** and others have been reporting since the beginnings of Russiagate in 2016, that the ultimate U.S. aim is to overthrow the government of Vladimir Putin.

"For God's sake, this man cannot remain in power," Biden said on Saturday at the Royal Castle in Warsaw. The White House and the State Dept. have been scrambling to explain away Biden's remark.

But it is too late.

"The President's point was that Putin cannot be allowed to exercise power over his neighbors or the region," a White House official said. "He was not discussing Putin's power in Russia, or regime change."

On Sunday, U.S. Secretary of State Antony Blinken said, "As you know, and as you have heard us say repeatedly, we do not have a strategy of regime change in Russia, or anywhere else, for that matter," the last words inserted for comic relief.

Biden first gave the game away at his Feb. 24 White House press conference — the first day of the invasion. He was asked why he thought new sanctions would work when the earlier sanctions had not prevented Russia's invasion. Biden said the sanctions were never designed to prevent Russia's intervention but to punish it afterward. Therefore the U.S. needed Russia to invade.

"No one expected the sanctions to prevent anything from happening," Biden said. "That has to sh- — this is going to take time. And we have to show

resolve so he knows what's coming and so the people of Russia know what he's brought on them. *That's what this is all about.*" It is all about the Russian people turning on Putin to overthrow him, which would explain Russia's crackdown on anti-war protestors and the media.

It was no slip of the tongue. Biden repeated himself in Brussels on Thursday: "Let's get something straight ... I did not say that in fact the sanctions would deter him. Sanctions never deter. You keep talking about that. Sanctions never deter. The maintenance of sanctions — the maintenance of sanctions, the increasing the pain ... we will sustain what we're doing not just next month, the following month, but for the remainder of this entire year. That's what will stop him."

It was the second time that Biden confirmed that the purpose of the draconian U.S. sanctions on Russia was never to prevent the invasion of Ukraine, which the U.S. desperately needed to activate its plans, but to punish Russia and get its people to rise up against Putin and ultimately restore a Yeltsin-like puppet to Moscow. Without a cause those sanctions could never have been imposed. The cause was Russia's invasion.

Regime Change in Moscow

Once hidden in studies such as this 2019 RAND [study](#), the desire to overthrow the government in Moscow is now out in the open.

One of the earliest threats came from Carl Gershman, the long-time director of the National Endowment for Democracy (NED). Gershman, [wrote](#) in 2013, before the Kiev coup: "Ukraine is the biggest prize." If it could be pulled away from Russia and into the West, then "Putin may find himself on the losing end not just in the near abroad but within Russia itself."

David Ignatius [wrote](#) in *The Washington Post* in 1999 that the NED could now practice regime change out in the open, rather than covertly as the C.I.A. had done.

The RAND Corporation on March 18 then published an [article](#) titled, "If Regime Change Should Come to Moscow," the U.S. should be ready for it. Michael McFaul, the hawkish former U.S. ambassador to Russia, has been calling for regime change in Russia for some time. He tried to finesse Biden's words by tweeting:

[Michael McFaul](#)

On Putin, Biden expressed what billions around the world and millions inside Russia also believe. He did not say that the US should remove him from power. There is a difference.

[1:24 AM · Mar 27, 2022](#)

On March 1, Boris Johnson's spokesperson said the sanctions on Russia "we are introducing, that large parts of the world are introducing, are to bring down the

Putin regime.” No. 10 tried to walk that back but two days earlier James Heappey, minister for the armed forces, [wrote](#) in *The Daily Telegraph*:

“His failure must be complete; Ukrainian sovereignty must be restored, and the Russian people empowered to see how little he cares for them. In showing them that, Putin’s days as President will surely be numbered and so too will those of the kleptocratic elite that surround him. He’ll lose power and he won’t get to choose his successor.”

After the fall of the Soviet Union and throughout the 1990s Wall Street and the U.S. government dominated Boris Yeltsin’s Russia, asset-stripping former state-owned industries and impoverishing the Russian people. Putin came to power on New Year’s Eve 1999 and starting restoring Russia’s sovereignty. His 2007 Munich Security Conference speech, in which he blasted Washington’s aggressive unilateralism, alarmed the U.S., which clearly wants a Yeltsin-like figure to return. The 2014 U.S.-backed coup in Kiev was a first step. Russiagate was another.

Back in 2017, **Consortium News** saw Russiagate as a prelude to regime change in Moscow. That year I [wrote](#):

“The Russia-gate story fits neatly into a geopolitical strategy that long predates the 2016 election. Since Wall Street and the U.S. government lost the dominant position in Russia that existed under the pliable President Boris Yeltsin, the strategy has been to put pressure on getting rid of Putin to restore a U.S. friendly leader in Moscow. There is [substance to Russia’s concerns](#) about American designs for ‘regime change’ in the Kremlin.

Moscow sees an aggressive America expanding NATO and putting 30,000 NATO troops on its borders; trying to overthrow a secular ally in Syria with terrorists who threaten Russia itself; backing a coup in Ukraine as a possible prelude to moves against Russia; and using American NGOs to foment unrest inside Russia before they were forced to register as foreign agents.”

The Invasion Was Necessary

The United States could have easily prevented Russia’s military action. It could have stopped Russia’s intervention in Ukraine’s civil war from happening by doing three things: forcing implementation of the 8-year old Minsk peace accords, dissolving extreme right Ukrainian militias and engaging Russia in serious negotiations about a new security architecture in Europe.

But it didn’t.

The U.S. can still end this war through serious diplomacy with Russia. But it won’t. Blinken has refused to speak with Russian Foreign Minister Sergei Lavrov. Instead, Biden announced on March 16 another \$800 million in [military aid](#) for Ukraine on the same day it was [revealed](#) Russia and Ukraine have been working on a 15-point peace plan. It has never been clearer that the U.S. wanted this war and wants it to continue.

NATO troops and missiles in Eastern Europe were evidently so vital to U.S. plans that it would not discuss removing them to stop Russia's troops from crossing into Ukraine. Russia had threatened a "technical/military" response if NATO and the U.S. did not take seriously Russia's security interests, presented in December in the form of treaty proposals.

The U.S. knew what would happen if it rejected those proposals calling for Ukraine not to join NATO, for missiles in Poland and Romania to be removed and NATO troops in Eastern Europe withdrawn. That's why it started screaming about an invasion in December. The U.S. refused to move the missiles and provocatively sent even more NATO forces to Eastern Europe.

MSNBC ran an [article](#) on March 4, titled, "Russia's Ukraine invasion may have been preventable: The U.S. refused to reconsider Ukraine's NATO status as Putin threatened war. Experts say that was a huge mistake." The article said:

"The abundance of evidence that NATO was a sustained source of anxiety for Moscow raises the question of whether the United States' strategic posture was not just imprudent but negligent."

Senator Joe Biden knew as far back as 1997 that NATO expansion, which he supported, could eventually lead to a hostile Russian reaction.

Biden in 1997 saying that the only thing that could provoke a "vigorous and hostile" Russian response would be if NATO expanded as far as the Baltic states.

Watch on Twitter. 06-20-97 01 – 17:20-51. – SEN. JOSEPH BIDEN - D-DELAWARE – Foreign Relations Cmte. Ranking Member

https://twitter.com/ImReadinHere/status/1500782351831662592?ref_src=twsrctwsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etw%5Eetembed%7Ctwterm%5E1500782351831662592%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fconsortiumnews.com%2F2022%2F03%2F27%2Fcan-russia-escape-the-us-trap%2F

The Excised Background to the Invasion

It is vital to recall the events of 2014 in Ukraine and what has followed until now because it is routinely whitewashed from Western media coverage. Without that context, it is impossible to understand what is happening in Ukraine.

Both Donetsk and Lugansk had voted for independence from Ukraine in 2014 after a U.S.-backed coup overthrew the democratically elected president Viktor Yanukovych. The new, U.S.-installed Ukrainian government then launched a war against the provinces to crush their resistance to the coup and their bid for independence, a war that is still going on eight years later at the cost of thousands of lives with U.S. support. It is this war that Russia has entered.

[Amy Tarkanian](#)

Lindsey Graham & John McCain in Ukraine in December 2016 preparing for a proxy war with Russia all the way back then. Then, Trump came in and stopped

it all from happening.

<https://twitter.com/contentdragons1/status/1499713066082369537/video/1>
1:33 PM · Mar 4, 2022

Neo-Nazi groups, such as Right Sector and the Azov Battalion, who revere the World War II Ukrainian fascist leader Stepan Bandera, took part in the coup as well as in the ongoing violence against Lugansk and Donetsk.

Despite [reporting](#) in the [BBC](#), the [NYT](#), the [Daily Telegraph](#) and [CNN](#) on the neo-Nazis at the time, their role in the story is now excised by Western media, reducing Putin to a madman hellbent on conquest without reason. As though he woke up one morning and looked at a map to decide what country he would invade next.

The public has been induced to embrace the Western narrative, while being kept in the dark about Washington's ulterior motives.

Joe Lauria

[#Russia](#) co-existed with [#Ukraine](#) until the 2014 US-backed coup and Kiev's war against ethnic Russians who resisted it. Everything goes back to 2014--a now 8-year civil war. Airbrushing that out of the story, as Western media does, amounts to deliberate deception.

[11:23 AM · Mar 1, 2022](#)

The Traps Set for Russia

Six weeks ago, on Feb. 4, I wrote an [article](#), "What a US Trap for Russia in Ukraine Might Look Like," in which I laid out a scenario in which Ukraine would begin an offensive against ethnic Russian civilians in Donbass, forcing Russia to decide whether to abandon them or to intervene to save them.

If Russia intervened with regular army units, I argued, this would be the "Invasion!" the U.S. needed to attack Russia's economy, turn the world against Moscow and end Putin's rule.

In the third week of February, Ukrainian government shelling of Donbass dramatically increased, according to the OSCE, with what appeared to be the new offensive. Russia was forced to make its decision.

It first recognized the Donbass republics of Donetsk and Lugansk, a move it put off for eight years. And then on Feb. 24 President Vladimir Putin announced a military operation in Ukraine to "demilitarize" and "denazify" the country.

Russia stepped into a trap, which grows more perilous by the day as Russia's military intervention continues with a second trap in sight. From Moscow's perspective, the stakes were too high not to intervene. And if it can induce Kiev to accept a settlement, it might escape the clutches of the United States.

A Planned Insurgency

The examples of previous U.S. traps that I gave in the Feb. 4 piece were the U.S. telling Saddam Hussein in 1990 that it would not interfere in its dispute with Kuwait, opening the trap to Iraq's invasion, allowing the U.S. to destroy Baghdad's military. The second example is most relevant.

In a 1998 [interview](#) with *Le Nouvel Observateur*, Jimmy Carter's former national security adviser **Zbigniew Brzezinski** admitted that the C.I.A. set a trap four decades ago for Moscow by arming mujahiddin to fight the Soviet-backed government in Afghanistan and bring down the Soviet government, much as the U.S. wants today to bring down Putin. He said:

"According to the official version of history, CIA aid to the mujahideen began during 1980, that is to say, after the Soviet army invaded Afghanistan on December 24, 1979. But the reality, closely guarded until now, is completely otherwise: Indeed, it was July 3, 1979 that President Carter signed the first directive for secret aid to the opponents of the pro-Soviet regime in Kabul. And that very day, I wrote a note to the president in which I explained to him that *in my opinion this aid was going to induce a Soviet military intervention.*

He then explained that the reason for the trap was to bring down the Soviet Union. Brzezinski said:

"That secret operation was an excellent idea. It had the effect of drawing the Russians into the *Afghan trap* and you want me to regret it? The day that the Soviets officially crossed the border, I wrote to President Carter, essentially: 'We now have the opportunity of giving to the USSR its Vietnam war.' Indeed, for almost 10 years, Moscow had to carry on a war that was unsustainable for the regime, a conflict that bought about the demoralization and finally the breakup of the Soviet empire."

Brzezinski said he had no regrets that financing the mujahideen spawned terrorist groups like al-Qaeda. "What is more important in world history? The Taliban or the collapse of the Soviet empire? Some agitated Moslems or the liberation of Central Europe and the end of the cold war?," he asked. The U.S. today is likewise gambling with the world economy and further instability in Europe with its tolerance of neo-Nazism in Ukraine.

In his 1997 book, *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, Brzezinski wrote:

"Ukraine, a new and important space on the Eurasian chessboard, is a geopolitical pivot because its very existence as an independent country helps to transform Russia. Without Ukraine, Russia ceases to be a Eurasian empire. Russia without Ukraine can still strive for imperial status, but it would then become a predominantly Asian imperial state."

Thus U.S. "primacy," or world dominance, which still drives Washington, is not possible without control of Eurasia, as Brzezinski argued, and that's not possible without control of Ukraine by pushing Russia out (U.S. takeover of Ukraine in the 2014 coup) and controlling the governments in Moscow and Beijing. What Brzezinski and U.S. leaders still view as Russia's "imperial ambitions" are in Moscow seen as imperative defensive measures against an aggressive West.

Without the Russian invasion the second trap the U.S. is planning would not be possible: an insurgency meant to bog Russia down and give it its "Vietnam." Europe and the U.S. are flooding more arms into Ukraine, and Kiev has called for volunteer fighters. The way jihadists flocked to Afghanistan, white supremacists from around Europe are [traveling](#) to Ukraine to become insurgents.

Just as the Afghanistan insurgency helped bring down the Soviet Union, the insurgency is meant to topple Putin's Russia.

An [article](#) in *Foreign Affairs* entitled "The Coming Ukrainian Insurgency" was published Feb. 25, just one day after Russia's intervention, indicating advanced planning that was dependent on an invasion. The article had to be written and edited before Russia crossed into Ukraine and was published as soon as it did. It said:

"If Russia limits [its offensive](#) to the east and south of Ukraine, a sovereign Ukrainian government will not stop fighting. It will enjoy reliable military and economic support from abroad and the backing of a united population. But if Russia pushes on to occupy much of the country and install a Kremlin-appointed puppet regime in Kyiv, a more protracted and thorny conflagration will begin. Putin will face a long, bloody insurgency that could spread across multiple borders, perhaps even reaching into Belarus to challenge Belarusian President Alexander Lukashenko, Putin's stalwart ally. Widening unrest could destabilize other countries in Russia's orbit, such as Kazakhstan, and even spill into Russia itself. When conflicts begin, unpredictable and unimaginable outcomes can become all too real. Putin may not be prepared for the insurgency—or insurgencies—to come.

WINNER'S REMORSE

Many a great power has waged war against a weaker one, only to get bogged down as a result of its failure to have a well-considered end game. This lack of foresight has been especially palpable in troubled occupations. It was one thing for the United States to invade Vietnam in 1965, Afghanistan in 2001, and Iraq in 2003; likewise for the Soviet Union to enter Afghanistan in 1979. It was an altogether more difficult task to persevere in those countries in the face of stubborn insurgencies. ... As the United States learned in Vietnam and Afghanistan, an insurgency that has reliable supply lines, ample reserves of fighters, and sanctuary over the border can sustain itself indefinitely, sap an occupying army's will to fight, and exhaust political support for the occupation at home."

As far back as Jan. 14, *Yahoo! News* [reported](#):

"The CIA is overseeing a secret intensive training program in the U.S. for elite Ukrainian special operations forces and other intelligence personnel, according to five former intelligence and national security officials familiar with the initiative. The program, which started in 2015, is based at an undisclosed facility in the Southern U.S., according to some of those officials.

The CIA-trained forces could soon play a critical role on Ukraine's eastern border, where Russian troops have massed in what many fear is preparation for an invasion. ...

The program has involved 'very specific training on skills that would enhance' the Ukrainians' 'ability to push back against the Russians,' said the former senior intelligence official.

The training, which has included 'tactical stuff,' is "going to start looking pretty offensive if Russians invade Ukraine,' said the former official.

One person familiar with the program put it more bluntly. 'The United States is training an insurgency,' said a former CIA official, adding that the program has taught the Ukrainians how 'to kill Russians.'"

In his Warsaw [speech](#), Biden tipped his hand about an insurgency to come. He said nothing about peace talks. Instead he said: "In this battle, we need to be clear-eyed. This battle will not be won in days or months either. We need to steel ourselves of a long fight ahead."

Hillary Clinton laid it all out on Feb. 28, just four days into Russia's operation. She brought up the Russian invasion of Afghanistan in 1980, saying "it didn't end well for Russia" and that in Ukraine "this is the model that people are looking at ... that can stymie Russia."

Hillary Clinton, 3.50 AM – Mar 1. 2022

"Remember, the Russians invaded Afghanistan back in 1980," Hillary Clinton says. "It didn't end well for the Russians...but the fact is, that a very motivated, and then funded, and armed insurgency basically drove the Russians out of Afghanistan."

What neither Maddow nor Clinton mentioned when discussing volunteers going to fight for Ukraine is what *The New York Times* [reported](#) on Feb. 25, a day after the invasion, and before their interview: "Far-right militias in Europe plan to confront Russian forces."

The Economic War

Along with the quagmire, are the raft of profound economic sanctions on Russia designed to collapse its economy and drive Putin from power.

These are the harshest sanctions the U.S. and Europe have ever imposed on any nation. Sanctions against Russia's Central Bank sanctions are the most serious, as they were intended to destroy the value of the ruble. One U.S. dollar was worth 85 rubles on Feb. 24, the day of the invasion and soared to 154 per dollar on March 7. However the Russian currency strengthened to 101 on Friday.

Putin and other Russian leaders were personally sanctioned, as were Russia's largest banks. Most Russian transactions are no longer allowed to be settled through the SWIFT international payment system. The German-Russia Nord Stream 2 gas pipeline was closed down and become bankrupt.

The U.S. blocked imports of Russian oil, which was about 5 percent of U.S. supply. BP and Shell pulled out of Russian partnerships. European and U.S. airspace for Russian commercial liners was closed. Europe, which depends on Russia gas, is still importing it, and is so far rebuffing U.S. pressure to stop buying Russian oil.

A raft of voluntary sanctions followed: PayPal, Facebook, Twitter, Netflix and McDonalds have been shut down in Russia. Coca-cola will stop sales to the country. U.S. news organizations have left, Russian artists in the West have been fired and even Russian cats are banned.

It also gave an opportunity for U.S. cable providers to get RT America shut down. Other Russia media has been de-platformed and Russian government websites hacked. A Yale University professor has [drawn up](#) a list to shame U.S. companies that are still operating in Russia.

Russian exports of wheat and fertilizer have been banned, driving the price of food in the West. Biden admitted as much on Thursday:

"With regard to food shortage ... it's going to be real. The price of these sanctions is not just imposed upon Russia, it's imposed upon an awful lot of countries as well, including European countries and our country as well. And — because both Russia and Ukraine have been the breadbasket of Europe in terms of wheat, for example — just to give you one example."

The aim is clear: "asphyxiating Russia's economy", as French Foreign Minister Jean-Yves Le Drian put it, even if it damages the West.

The question is whether Russia can extricate itself from the U.S. strategy of insurgency and economic war.

To be continued: How Russia Can Escape the US Traps.

Joe Lauria is editor-in-chief of *Consortium News* and a former U.N. correspondent for *The Wall Street Journal*, *Boston Globe*, and numerous other newspapers, including *The Montreal Gazette* and *The Star* of Johannesburg. He was an investigative reporter for the *Sunday Times* of London, a financial reporter for *Bloomberg News* and began his professional work as a 19-year old stringer for *The New York Times*. He can be reached at joelauria@consortiumnews.com and followed on Twitter [@unjoe](#)